Leibniz Online, Nr. 25 (2017)
Zeitschrift der Leibniz-Sozietät e. V.
ISSN 1863-3285

Christa Luft (MLS)

Die deutschen Exportüberschüsse – ein Kommentar aus makroökonomischer Perspektive

Vortrag auf der MV der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät am 13. 12. 2016

Veröffentlicht: 11.01.2017

Die Bitte, anlässlich des Jubiläums der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät auf deren Mitgliederversammlung einen Vortrag zu halten, erreichte mich kurzfristig. Ich überlegte, wie ich zwischen meiner Profession als Volkswirtin mit außenwirtschaftlicher Spezialisierung und der Stiftungsgründung vor 20 Jahren eine Brücke schlagen könnte. Ich entschloss mich, nach internationalen Entwicklungen zu fragen, die im in Rede stehenden Zeitraum einschneidende Folgen auch für den deutschen Außenhandel hatten und weiter haben werden. Ein herausragendes Phänomen ist ohne Zweifel die Entstehung anhaltend hoher Exportüberschüsse, die sich in massiven positiven Leistungsbilanzsalden niederschlagen. Ich will zeigen, dass ein „Weiter so“ keineswegs zum Nutzen Deutschlands ist, weil bei permanentem Nettokapitalexport die eigene Wirtschaft an Zukunftsfähigkeit verliert. Und es ist auch nicht im Interesse der Länder mit auf Pump bezahlten Importüberschüssen, da diese sich mehr und mehr in „Schuldengefängnissen“[1] wiederfinden. Die Beurteilung der Leistungsbilanzsalden ist demnach von zentraler Bedeutung für das Überleben der Europäischen Währungsunion und für gedeihliche internationale Austauschbeziehungen. Auf die Bundesrepublik Deutschland als größtem Land in der Europäischen Union und als Exportüberschussweltmeister kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.

Welche internationalen Entwicklungen habe ich im Blick?

1. Die *Gründung der Europäischen Währungsunion (EWU) am 1. Januar 1999* mit zunächst elf, dann zwölf[2] und inzwischen 19 Mitgliedern. Länder mit höchst heterogenen Wirtschaftspotenzialen und Sozialstandards, mit unterschiedlicher Innovationskraft, Produktivität und Arbeitslosigkeit sowie unterschiedlich hohem Verschuldungsgrad wurden damals wie in ein Korsett unter ein Währungsdach gezwängt. Bis heute gibt es 19 verschiedene Zinssätze für Staatsanleihen, mit denen die Finanzmärkte nach Belieben spekulieren und ebenso viele differierende Unternehmenssteuersätze in ungezügelter Konkurrenz miteinander. Das kann auf Dauer nicht funktionieren. Anläufe, die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Länder anzugleichen, die politische und soziale Union voranzubringen, ja, schrittweise parallel eine Europäische Wirtschaftsregierung zu installieren und so Defizite des Maastricht-Vertrages zur Schaffung der EWU zu überwinden, blieben bislang erfolglos. Nationale Interessen fal-

---

[1] Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz spricht von „Schuldengefängnissen“, in die die Defizitländer eingesperrt sind und erinnert an Daniel Defoe, bekannt als Autor des „Robinson Crusoe“. Defoe musste 1692 ins Gefängnis. Vor seinem Bestseller-Erfolg war er Kaufmann und ging mit riskanten Geschäften bankrott. Im Gefängnis fragte er sich, warum Schuldner eingesperrt werden, da sie hinter Gittern ihre Schulden nicht bezahlen konnten.

[2] Das 12. Mitglied war Griechenland. Dessen Aufnahme wurde möglich, nachdem seine ökonomischen Daten mit Hilfe von Beratern der amerikanischen Bank Goldman Sachs gegen hohes Honorar so frisiert worden waren, dass sie den dafür geltenden Kriterien entsprachen: Jährliche Verschuldung gemessen am BIP 3%, Gesamtverschuldung des Landes gemessen am BIP maximal 60 % und jährliche Inflationsrate etwa 2%. Diese Kriterien sollten die Stabilität der Gemeinschaftswährung garantieren.

len auseinander[3], hinzu kommt der wachsende Unwille, sich von einem Zentrum aus – sei es Brüssel oder auch Berlin – hineinregieren zu lassen. Bestehende Unterschiede sollten sich nach neoklassischer Denkschule über den Markt ausgleichen. Wenn sich aber Staaten zu einer Währungsunion zusammenschließen, auf die eigene Währung verzichten und diese an eine gemeinschaftliche, den Euro binden, vergeben sie sich der souveränen Entscheidung über den Außenwert ihres Geldes. Sie können ihre Währung nicht mehr ab- oder aufwerten, um ein Außenhandelsgleichgewicht wieder herzustellen, wenn das in eine Schieflage geraten ist[4]. Und so spiegeln sich die Geburtsfehler der Europäischen Währungsunion heute u. a. auch in permanent hohen deutschen Exportüberschüssen wider.

Wegen dieses Phänomens steht Deutschland in der Europäischen Union (EU) und auch international seit längerem am Pranger. Laut EU-Regeln gibt es auf dem Papier eine Obergrenze für Defizite und für Überschüsse gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), die im Durchschnitt der jeweils vergangenen drei Jahre nicht überschritten werden darf. Für Defizite liegt sie bei 4 Prozent, für Überschüsse bei 6 Prozent des BIP.[5] Die Bundesrepublik Deutschland verstößt bereits im sechsten Jahr in Folge gegen diese Regeln. Im Jahre 2014 wurde sie erstmals von der EU-Kommission offiziell gerügt und die Bundesregierung aufgefordert, im Interesse der Stabilität im Euro-Raum gegenzusteuern. Weder ist das geschehen, noch hat die Kommission Strafen verhängt. Die Eurokrise hat deutlich gemacht, wie unvollständig und instabil die Architektur der Währungsunion ist.

2. *Die 2008 ausgebrochene weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise* hat nicht nur im Bankensektor verheerende Schäden angerichtet, sie riss auch die Realwirtschaft in den Abgrund. Die Finanzwirtschaft wurde von einer Dienstleisterin der Realwirtschaft zu deren Knechterin. Der Finanzcrash erforderte erhebliche staatliche sowie EU-Rettungsmaßnahmen. Sieben Hilfskredite für fünf Mitgliedsländer (Irland, Portugal, Spanien und Zypern je einer und Griechenland drei) hat die EWU seit 2010 bewilligt. Sie könnte noch mehr stemmen, denn der Europäische Rettungsschirm (ESM) hat bisher „nur“ ein Viertel seiner Mittel ausgegeben. 373 Mrd. Euro stehen noch für weitere Darlehen zur Verfügung. Doch dieser Betrag würde nicht annähernd reichen, um das hoch verschuldete, taumelnde Italien aufzufangen. Dessen Staatsverschuldung beläuft sich aktuell auf 2,16 Billionen Euro, übersteigt die jährliche Wirtschaftsleistung des Landes um das 1,3-fache und das ESM-Potenzial um das 5-fache. Italien hat nach den USA und Japan in absoluten Zahlen weltweit die dritthöchste öffentliche Verschuldung. Hinzu kommt, dass private Banken auf einem Berg fauler Kredite von 270 Mrd. Euro sitzen. Für Aktionen zur Rettung privater Vermögenswerte wie nach 2008 fehlen heute die Ressourcen. Die hohe Staatsverschuldung vieler EU-Länder, darunter solcher in der Euro-Zone (Tabelle 1), gibt einen Hinweis auf deren Krisenanfälligkeit durch den erneuten Schub massiver Volatilität der Finanzmärkte, wie er seit Anfang 2016 zu beobachten ist.

---

[3] Nur ein Beispiel: Bis heute gibt es keine Mindeststeuer für Unternehmensgewinne, weil Großbritannien, Irland Luxemburg und die Niederlande ihre Staatskassen lieber mit Gebühren für Briefkastenfirmen füllen, als dem Steuersenkungswettlauf Einhalt zu gebieten. (Schumann 2016)

[4] Vor der Einführung der Gemeinschaftswährung konnte die eigene Währung zwecks Exportstimulierung abgewertet werden. Dann verbilligten sich die angebotenen Waren für die Käuferländer und deren Nachfrage stieg. Umgekehrt wurde bei notwendiger Drosselung der Importe die eigene Währung aufgewertet. Die Wareneinfuhr verteuerte sich für inländische Abnehmer, deren Nachfrage sank.

[5] Es war der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, der auf einer für Überschüsse höheren Obergrenze als der für Defizite bestand, um den deutschen Exporteuren freie Bahn zu sichern.

Tabelle 1: Staatsschulden ausgewählter EU-Mitgliedsländer in II/ 2016 (in % des BIP)[6]

Staatsschulden über 100 %		**Staatschulden 100-60 %**		**Staatsschulden unter 60 %**	
Griechenland	179	Frankreich	98,2	Polen	53,8
Italien	135,5	Österreich	86,7	Slowakei	53,3
Portugal	131,7	Irland	77,8	Schweden	43,2
Belgien	109,7	Ungarn	75,6	Tschechien	39,8
Zypern	109	Deutschland	70,1	Luxemburg	22
Spanien	100,5	Niederlande	63,7	Estland	9,7

Quelle: Destatis

Laut Maastricht-Konvergenzkriterien soll der öffentliche Schuldenstand (Schuldenquote) eines Euro-Landes in Relation zum nominalen BIP, wie schon gesagt, 60 % nicht überschreiten. Aktuell beläuft die Quote sich im Durchschnitt der Euro-Zone auf 91,2 %, in der EU insgesamt auf 84,3 %. Das zeigt, wie weit sich die EWU von ihren Gründungsprämissen entfernt hat.

3. Die *jüngsten internationalen Großereignisse,* deren außenwirtschaftliche Wirkungen noch nicht absehbar sind: der beschlossene Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit, mit dem sich Unwägbarkeiten und Unsicherheiten über die Zukunft der EU insgesamt erhöhen, und die Wahl Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten. Schon frühere US-Administrationen empfanden das amerikanische Außenhandelsungleichgewicht als chronisches Ärgernis. Aktuell beträgt der Importüberschuss der USA im Handel mit Deutschland 52 Mrd. € , und das US-Handelsdefizit gegenüber China belief sich 2015 auf 337 Mrd. US-$. Trumps Regierung, so viel scheint sicher, wird die Klagen Richtung Berlin und Peking mit der Devise „America first“ forcieren und den Protektionismus zur Maxime erheben. Ein Vorwurf lautet: Die Deutschen überschwemmen die Welt mit ihren Waren. Sie exportieren nicht nur Autos und Maschinen, sondern auch Arbeitslosigkeit. Und der Volksrepublik China droht Trump damit, spätestens am 100. Tag seiner Amtszeit das Land als Währungsmanipulator zu brandmarken, das den Kurs der eigenen Währung künstlich niedrig halte, um den Export zu forcieren. Das Land der Mitte habe Millionen amerikanischer Jobs gestohlen. Das berechtige die USA zu Strafzöllen. Sollte sich der Handelskonflikt zwischen den beiden Giganten zuspitzen, etwa weil China sich entschließt, aus Protest gegen Strafzölle große Mengen seiner US-Staatsanleihen abzustoßen, wären wohl heftige Reaktionen der Aktien- und Devisenmärkte die Folge mit Konsequenzen generell für den Welthandel, aber auch für den Außenhandel der Bundesrepublik.

Bedenkt man diese und weitere internationale Vorgänge, dann ist eine Wette darüber schwierig, wie die EU und die EWU aussehen werden, wenn diese Stiftung ihr 30-jähriges Jubiläum begeht.

Anliegen des Vortrages

Mit einigen der vorgenannten Probleme will ich mich befassen. Im Mittelpunkt stehen dabei die seit über 15 Jahren hohen und von Jahr zu Jahr wachsenden Exportüberschüsse Deutschlands in ihren *makroökonomischen* Wirkungen. Das ist eine zum Mainstream, der in der Wirtschaftswissenschaft dominierenden neoklassischen Denkschule, konträre Perspektive. Für die Neoklassik und den darauf aufbauenden Neoliberalismus ist die *mikroökonomische* Sichtweise typisch. Die *einzelwirtschaftliche* Gewinnrationalität steht im Zentrum. Volkswirtschaftsstudierende, davon gibt es aktuell in Deutsch-

[6] Staatsschulden bezeichnen die zusammengefassten Brutto-Verbindlichkeiten des Staates gegenüber Dritten, d.h. ohne Saldierung mit Forderungen des Staates an Dritte.

land 430.000, lernen die Wirtschaft fast nur über Formeln und Modelle kennen. Diese gehen davon aus, dass Märkte immer zum Gleichgewicht tendieren, freie Märkte ohne störende Staatseingriffe daher die beste Lösung sind. Der Mensch gilt als homo oeconomicus, als nutzenmaximierendes Individuum. Das Grundmotto lautet: „Wenn's den Unternehmen gut geht, geht es allen gut". Das klingt auf den ersten Blick einleuchtend, ist doch die Wirtschaft der Bereich der Gesellschaft, in dem die Wertschöpfung hauptsächlich stattfindet. Nur ist über die Aneignung, über die Verteilung der geschaffenen Werte damit noch nichts gesagt. Die *makroökonomischen* Wirkungen, die *gesamtwirtschaftlichen* und *gesamtgesellschaftlichen* Belange sind nicht bzw. unzureichend im Blick. Das lässt sich am Beispiel des deutschen Exportüberschusses besonders gut zeigen. Not tut eine *integrative Analyse von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik*. Diese drei Elemente stehen nicht isoliert nebeneinander, sondern im wechselseitigen Zusammenhang.

In der neoklassischen Denkschule, dem ökonomischen Mainstream, gelten Exportboom und positive Leistungsbilanzsalden als Ausweis ökonomischer Potenz des Landes, als Zeugnis internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft und als Wohlstandsindikator (Santorius 2009: 9). Nicht dem Mainstream anhängende Ökonomen halten das für eine sehr verengte Sicht. Ich stimme Jan Priewe zu, wenn er feststellt: „Was immer man unter dem Begriff der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft versteht, Leistungsbilanzsalden sind kein guter Indikator. Ein Land, das nur langsam oder gar nicht wächst oder in eine Rezession abgleitet, wird wenig importieren und bei höherem Wachstum im Rest der Welt eventuell hohe Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen. Protektionismus, Kapitaleinfuhrkontrollen, reale Unterbewertung des Wechselkurses durch spezielle Wechselkursregimes, Booms bei Ölpreisen oder anderen Rohstoffen können ebenfalls zu Leistungsbilanzüberschüssen führen. Nur insoweit Leistungsbilanzsalden durch über- oder unterbewertete reale Wechselkurse beeinflusst sind, sagen sie etwas über die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen eines Landes aus" (Priewe, 53).

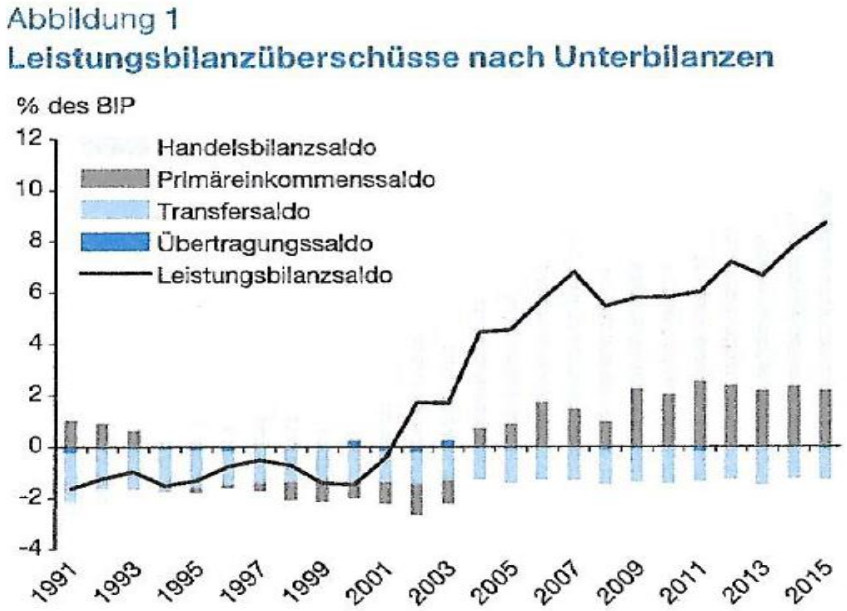
In den meisten Medien wird der Exportchampion Deutschland umstandslos gefeiert und viele Bürgerinnen und Bürger sind stolz auf den Boom. Hier soll untersucht werden, ob das nicht ein einseitiges, ein verkürztes Urteil ist. So wahr es ist, dass der Außenhandel Wohlstand befördern kann und auch befördert hat, so unwahr ist, dass *alle* davon profitieren. Aktuelle Umfragen bestätigen: Die Vorteile für die Unternehmen sind in den Augen vieler Bürger keineswegs automatisch Vorteile für sie selbst. Der gern gebrauchte Satz: „Deutschland ist der Hauptprofiteur auf den Weltmärkten" verdient, hinterfragt zu werden. Denn: Wer ist Deutschland? Doch nicht nur Global Player, Aktionäre und gut bezahlte Spezialisten in Exportunternehmen!

Insgesamt soll hier nicht gegen hohe Exportquoten argumentiert werden. Worum es geht, sind die anhaltend hohen Exportüberschüsse. Die lassen sich nur realisieren, wenn andere Länder entsprechende Defizite hinnehmen. Verallgemeinerungsfähig ist ein solches Modell also keineswegs. Niemals zuvor verzeichnete eine große, reife und reiche Volkswirtschaft ähnlich anhaltend hohe Überschüsse. Sie kennzeichnen eher das Wirtschaftsmodell von Entwicklungsländern, die ihre Wettbewerbsvorteile nutzen, etwa niedrige Löhne, um über Exporte zu Wohlstand zu gelangen.

Zum Begriffsapparat

Es wird viel von Handels- und Leistungsbilanz die Rede sein. Was verbirgt sich dahinter?
Die *Handelsbilanz* stellt Güterex- und -importe gegenüber und ist mit Abstand die wichtigste Teilbilanz der Leistungsbilanz.
Die *Leistungsbilanz v*erbucht alle Einnahmen und Ausgaben einer Volkswirtschaft. Sie weist also neben der Differenz zwischen Güterex- und -importen auch die Salden von Dienstleistungsein- und -ausfuhren sowie von Arbeits-, Kapital- und Transfereinkommen bzw. -ausgaben aus (Abb.1).
Ein *Leistungsbilanzüberschuss* zeigt eine erhebliche Divergenz zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Angebot und der im eigenen Land bestehenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage an.
Deutschland weist seit den 1990er Jahren starke Überschüsse im Güterhandel und zugleich geringe bzw. sinkende Defizite im Dienstleistungsverkehr auf. Es wurde im hier zu betrachtenden Zeitraum

nicht nur *Exportweltmeister* (lediglich kurzzeitig von China abgelöst), sondern *Exportüberschussweltmeister.*

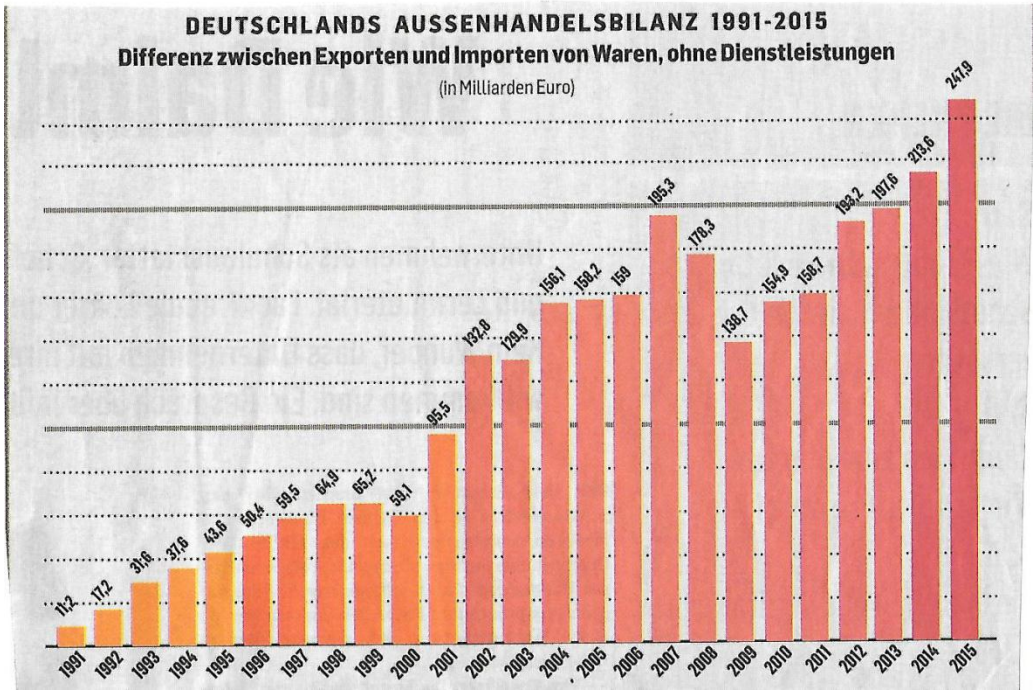


Quelle: AMECO.

Die deutsche Außenhandelsbilanz 1991-2015

Das vereinte Deutschland hatte in den 1990er Jahren moderate bis leicht ansteigende Überschüsse an Warenexporten. Mit Beginn der Europäischen Währungsunion bis 2007 stiegen sie steil an. Nach Ausbruch der Weltfinanzkrise kam es 2008/2009 zu einem wiederum moderaten Rückgang und danach bis zur Gegenwart zu einem unaufhaltsamen Anstieg. Die Schere zwischen Ein- und Ausfuhr klafft seitdem immer weiter auf (Abb.2).

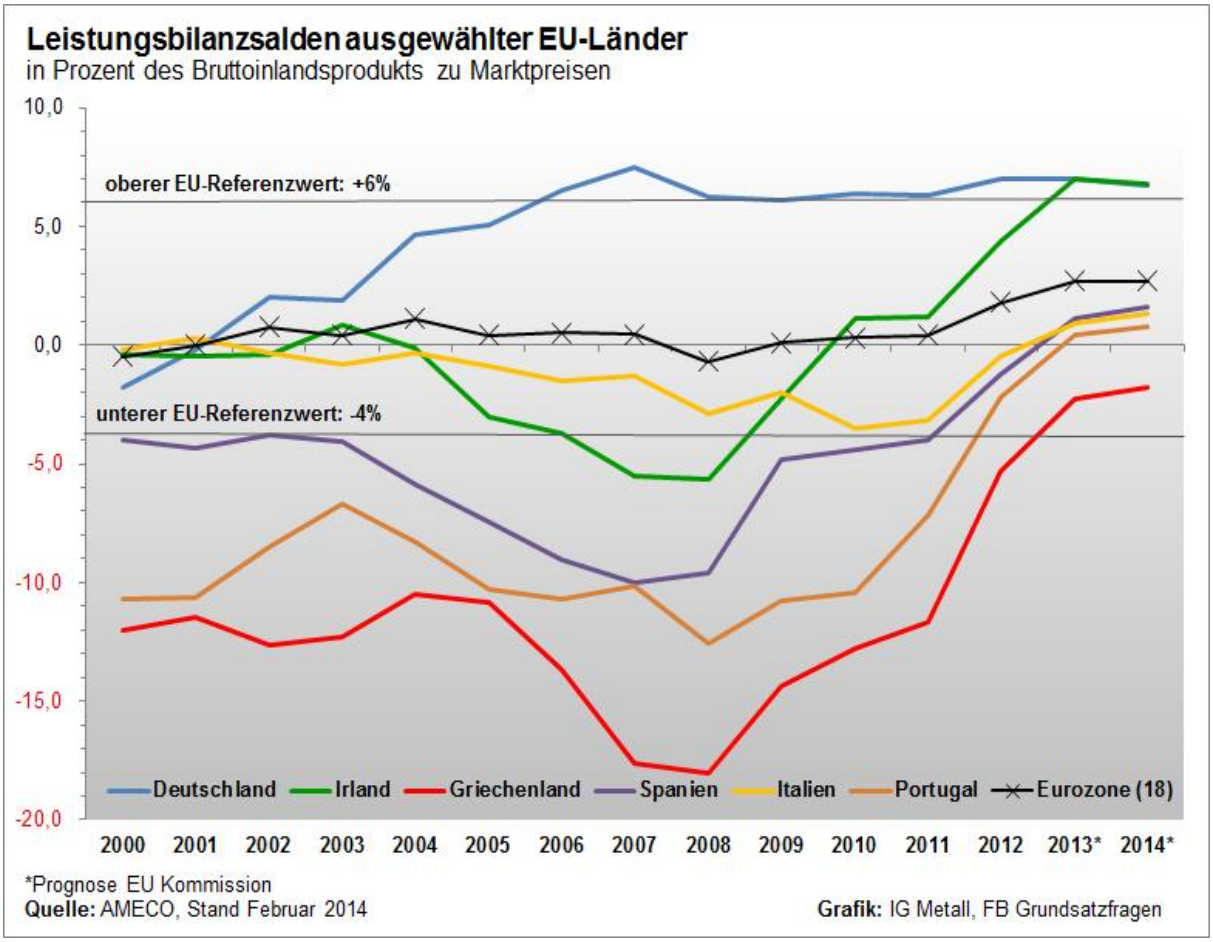
Abb. 2: Deutschlands Außenhandelsbilanz 1991-2015



Quelle: Destatis

Der Anteil des Exportüberschusses am jährlichen BIP eskaliert. Von 2002 bis 2011 belief er sich jährlich auf durchschnittlich 5,1 Prozent, der Höchstwert lag in dieser Zeit mit 7,4 Prozent anno 2007. 2012 erreichte er mit 170 Mrd. € 7 Prozent des BIP, 2014 waren es bereits 220 Mrd. €, was rund 7,5 % des BIP entsprach und 2015 fast 248 Mrd. €, was 8,7 % gleichkam. Im Jahre 2016 wird die deutsche Wirtschaft einen neuen Rekord aufstellen: Sie wird für fast 290 Milliarden Euro mehr Güter und Dienste exportieren als importieren. Der Leistungsbilanzüberschuss wird an die neun Prozent der Jahreswirtschaftsleistung ausmachen, so viel wie noch nie.[7] Abbildung 3 zeigt die wachsenden Außenhandelsungleichgewichte zwischen einigen EU-Ländern, wie sie sich in den Leistungsbilanzsalden niederschlagen.

Abb.3: Leistungsbilanzsalden ausgewählter EU-Länder (in % des BIP)

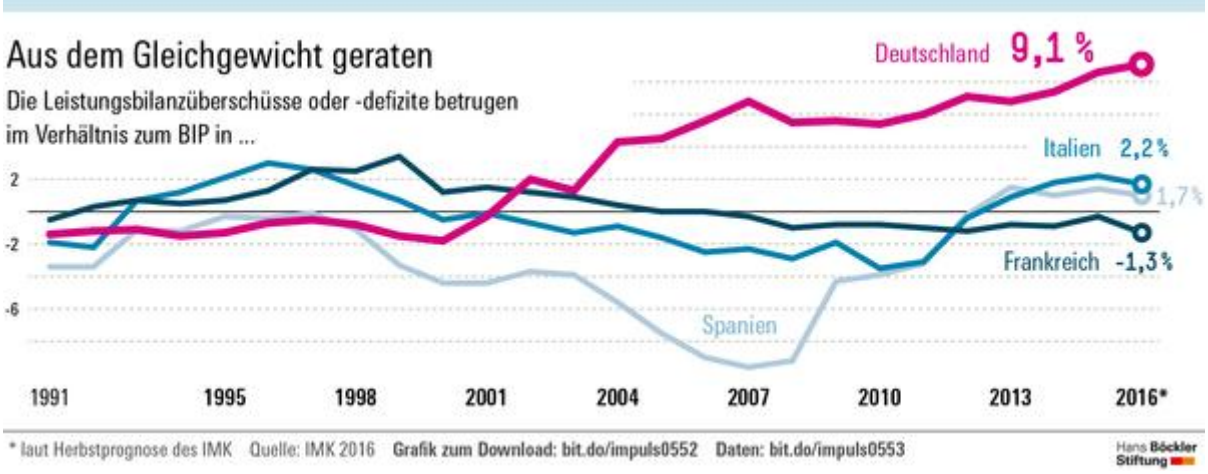


Die folgende Abb. 4 macht deutlich, wie stark die Leistungsbilanzsalden der vier größten EU-Mitgliedsländer seit Inkrafttreten der EWU divergieren. Die Überschüsse bzw. Defizite reichen 2016 gemessen am BIP von + 9,1 % (Deutschland) bis –1,3 % (Frankreich).

---

[7] Dieser erwartete Wert dürfte aber bald schon wieder überholt sein. Die jüngste Abwertung des Euro gegenüber dem US-$ nach Trumps Wahl macht deutsche Waren und Dienstleistungen noch wettbewerbsfähiger, weil billiger für die Nachfrager im Nicht-Euro-Raum. Der Kurs des Dollar wird nach Meinung vieler Ökonomen weiter steigen (und der Wert des Euro entsprechend sinken).

Abb. 4: Aus dem Gleichgewicht geraten



Seit Einführung der Gemeinschaftswährung summieren sich die deutschen Exportüberschüsse auf rund 2,6 Billionen Euro. „Ein Anlass zum Feiern ist das nicht. Daran zeigt sich, in welche gefährliche Schieflage wir geraten sind“, sagt zum Beispiel der Keynesianer Gustav Horn, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung (Horn 2016: 3). Peter Bofinger, einer der fünf Wirtschaftsweisen und ebenfalls Keynesianer, mahnt: „Wir haben bei der Wirtschaftspolitik in Deutschland ein Inseldenken…Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft…sehen dieses Deutschland nicht als Teil eines größeren Ganzen… In Deutschland gilt, Schulden sind schrecklich…Exportüberschüsse sind toll. Jetzt weiß aber jeder, der rechnen kann: Wo es Überschüsse gibt, gibt es auch Defizite. Deutschland hat nur deshalb Überschüsse, weil uns beispielsweise die USA, Spanien und Frankreich viel mehr Güter abkaufen, als wir bei denen Güter einkaufen…Die Schulden der anderen sind die Quelle unseres Wohlstandes.“ (Bofinger 2016:10). Ich teile diese Einschätzung mit der Einschränkung, dass Schulden der anderen nicht *die*, sondern *eine* Quelle unseres Wohlstands sind.

Die Entwicklung der deutschen Außenhandelsbilanz verdient einen *mehrschichtigen* Kommentar.

Ursachen der Exportstärke Deutschlands

Bei der Beurteilung der Exportstärke wird von der Neoklassik das oft widersprüchliche Verhältnis zwischen autonomen einzelwirtschaftlichen Entscheidungen von Marktteilnehmern und den gesamtwirtschaftlichen Folgen ausgeblendet. Die einzelwirtschaftliche Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt nicht, dass jedes unternehmerische Ergebnis auf zwei Komponenten beruht: auf der individuellen Leistung und auf den gesellschaftlichen Umfeldbedingungen, den Produktionsvoraussetzungen (z.B. Stand von Wissenschaft und Technik, Bildungsniveau der Beschäftigten, Infrastruktur usw.), denen es die Möglichkeit der Leistungserbringung verdankt. Es sind von Politikern interessengeleitet gemachte Gesetze, die regulieren, was wie als Kosten in der unternehmerischen Kalkulation zu berücksichtigen ist und was als externe Kosten der Gesellschaft aufgebürdet werden kann. So erlegen Exportentscheidungen einzelner Unternehmen der Gesellschaft völlig legal zum Beispiel Kosten auf, die bei Niedriglöhnern durch notwendiges Aufstocken nicht existenzsichernder Vollerwerbseinkommen entstehen. Oder die Aufwendungen für die Beseitigung der von Öltankern und Frachtschiffen verursachten Meeresverschmutzung bzw. der durch Flugverkehr bedingten Luftverunreinigung oder auch durch künstlich niedrig gehaltene, also mit Steuergeld subventionierte Preise für Energie, was die wahren Kosten verschleiert.

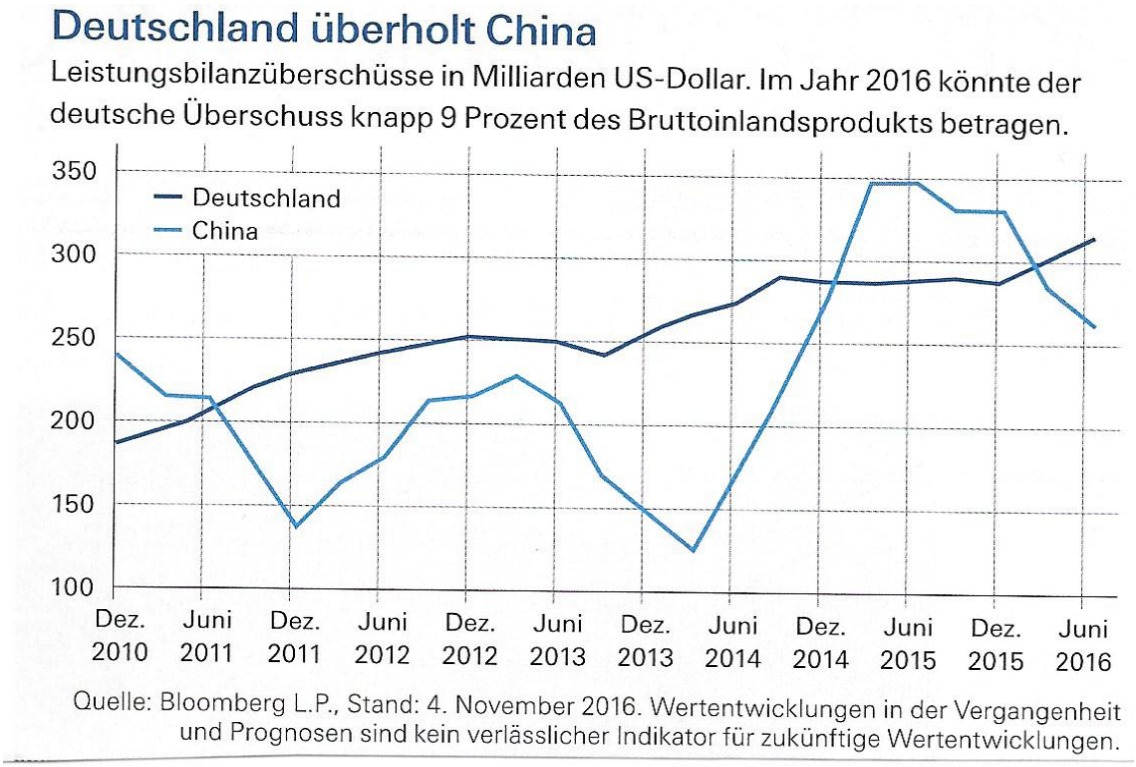
Das vorausgeschickt, spiegelt sich in Exportstärke und im Exportüberschuss Deutschlands *erstens,* dass das Land mit seinem industriebasierten Wirtschaftsmodell *Primus bei der Ausfuhr forschungsintensiver innovativer Produkte, ja größterTechnologiegeber im Welthandel* ist. Dank kreativer Ingeni-

eure, gut ausgebildeter Facharbeiter und nachhaltigen Denkens der Mittelständler bietet es hochtechnologische Güter in ausgezeichneter Qualität und mit zuverlässigem Service an und erfreut sich folglich entsprechender Nachfrage im Ausland. Dies ist so weit gut für Deutschland.

Der *zweite* Grund ist die *hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit.* Deutsche Unternehmen fertigen zum einen dank hoher Arbeitsproduktivität vergleichsweise kostengünstig. Zum anderen sind über mehrere Jahre die Löhne in Deutschland kaum gestiegen. Der Verteilungsspielraum für Lohnsteigerungen, der sich aus der mittelfristigen Zunahme der Produktivität und der Zielinflationsrate ergibt, wurde in der Vergangenheit lange nicht ausgeschöpft. Dadurch ergibt sich für deutsche Firmen ein Kostenvorteil gegenüber Konkurrenten aus anderen Ländern, in denen die Löhne stärker gestiegen sind. Deutschland war das erste Euro-Land, das die Löhne drückte, um Marktanteile für seine Exportgüter zu ergattern.

Drittens hat Deutschland vergleichsweise wenige Industriegüter aus dem Ausland eingeführt. Der private Konsum blieb ebenfalls lange Zeit verhalten, was angesichts niedriger Lohnzuwächse nicht verwundert. All dies führt dazu, dass Deutschland riesige Leistungsbilanzüberschüsse anhäuft. Nicht einmal China, dem in der Vergangenheit häufig vorgeworfen wurde, sich durch Preisdumping Vorteile im Welthandel zu verschaffen, verzeichnet so hohe Überschüsse (Abb.5). Die Volksrepublik wird 2016 einen Leistungsbilanzüberschuss von etwa 2,5 Prozent gemessen am BIP erzielen, Deutschland, wie schon gesagt, etwa das Dreieinhalbfache. Zwar steigen seit einigen Jahren Löhne und private Nachfrage in Deutschland, der Trend zu großen Überschüssen hat sich dadurch aber noch nicht umgekehrt.

Abb 5:



Viertens: Auf den Überschuss hatten in den jüngeren Jahren auch der gesunkene Ölpreis und der gegenüber dem US-$ schwächelnde Euro Einfluss. Letzteres verbilligte für Länder außerhalb der Euro-Zone – etwa USA, Großbritannien und andere – die Wareneinfuhr aus Deutschland und ließ dessen positive Exportsalden weiter anschnellen. Nach der jüngsten Einigung der OPEC-Länder, die Ölfördermenge zu drosseln, um weitere Preisabstürze zu verhindern, mag sich dieser Faktor in der Wir-

kung abmildern. Fortsetzen könnte sich hingegen die Euro-Schwäche gegenüber dem US-Dollar[8], wenn die US-Zentralbank FED den Leitzins weiter erhöht, was die USA attraktiver für Kapitalanleger macht.

Fazit: *In einem hohen Leistungsbilanzüberschuss spiegelt sich also zweierlei: Er ist ein Zeichen für eine im internationalen Vergleich attraktive Exportwirtschaft, aber zugleich dafür, dass die Binnenwirtschaft – inländischer Konsum und Investitionstätigkeit – in Relation zu den Exporten zu schwach ist.* Im Grunde wird zu wenig für die Zukunftsfähigkeit der einheimischen Wirtschaft getan: Die öffentliche Infrastruktur verrottet. Das Bildungswesen ist im internationalen Maßstab Mittelfeld. Die Industrien, auf denen deutsche Exporterfolge hauptsächlich basieren, stammen mehr oder weniger aus der Kaiserzeit. In der Autobranche z.B. müsste jetzt der Diesel durch die Brennstoffzelle ersetzt werden. Die derzeitige Investitionsschwäche zeichnete sich bereits seit den 1990er Jahren ab. Damals waren in der Spitze noch rund 150 Milliarden Euro netto investiert worden, 2015 waren es keine 40 Milliarden mehr gewesen. Statt Güter selbst zu konsumieren oder sie im Inland zu investieren, werden sie per Exportüberschuss dem Ausland auf Pump zur Verfügung gestellt. Deutschland erhält dafür vor allem Wertpapiere, die seit Jahren kaum Zinsen bringen. Zur Wohlstandsmehrung im eigenen Land trägt das nicht bei.

Makroökonomische Wirkungen anhaltend hoher Exportüberschüsse

Unabhängig davon, wie die anhaltend hohen Exportüberschüsse verursacht sind – *sie gefährden letztlich die Stabilität der eigenen Wirtschaft und bringen Importländer ökonomisch und politisch in höchste Bedrängnis.* Wie letztere auf Dauer die Rechnungen bezahlen sollen, wenn Deutschland ihnen nicht in annähernder Höhe Waren und Leistungen abkauft, sie daher Schulden anhäufen, darauf gibt die Mainstream-Ökonomie keine Antwort. Durch das extreme Missverhältnis zwischen Aus- und Einfuhren entstehen *makroökonomische Ungleichgewichte.* Deutsche Überschüsse führen zu Defiziten in anderen Ländern. Unternehmen wie Bürger der Importländer brauchen für ihre Einkäufe Kredite. Sie nehmen Darlehen unter anderem bei deutschen Banken auf, die die von den Exportfirmen im Ausland erzielten Erlöse sammeln und für das Geld Anlage suchen. Die Geldversorgung der Importländer erfolgt direkt über Kreditvergabe, über Aktienkäufe, Erwerb von Staatsanleihen usw. Diese Posten schlagen sich dann in der *Bundesbankstatistik* zum deutschen Netto-Auslandsvermögen nieder. Das belief sich Ende 2015 auf 1,476 Billionen Euro. Diese Summe ergibt sich, wenn man von den deutschen Geldanlagen die deutschen Schulden im Ausland abzieht (Herrmann, 2016 a).

Eigentlich müsste das Auslandsvermögen der Bundesrepublik höher ausfallen, denn die Exportüberschüsse summieren sich seit 1999 auf 2,634 Billionen Euro, sie liegen also um über eine Billion über dem Auslandsvermögen (Herrmann, 2016 a).

Wie kommt es zu dieser Differenz? Je höher die Leistungsbilanzüberschüsse, desto stärker wird Deutschland zum Gläubiger von Defizitländern. Zeitweise funktioniert das. Bald stellt sich jedoch die Frage, wie lange kann sich das Defizitland die Rückzahlung leisten? Zweifel an dessen Bonität kommen auf. Die Zinssätze steigen, seine Belastung nimmt zu. Kreditausfälle sind die Folge. „Am Ende muss das Gläubigerland nicht nur das verliehene Geld abschreiben, sondern verliert auch seinen Absatzmarkt“ (Horn: 3).Wenn Schuldnerländer in finanzielle Bedrängnis geraten, dann kommt es dort zu Wertverlusten, weil die Schulden gegenüber dem Ausland nicht oder nicht voll beglichen werden können. „Die hohen Exportüberschüsse sind also auf Dauer nicht im Interesse Deutschlands, denn die so aufgebauten Vermögen könnten wegen solcher Finanzkrisen gefährdet sein. Verluste, die so entstehen, …werden dann in Deutschland auf die gesamte Gesellschaft abgewälzt, also auf Arme und Reiche, auf Unternehmer wie Beschäftigte“ (van Treeck, 4).

---

[8] Bei der Einführung der Gemeinschaftswährung am 1. Januar 1999 entsprach ein Euro 1,18 US-Dollar. Ende Dezember 2016 schwankte der Euro-Kurs zwischen 1,04 und 1,05 US-Dollar. Die europäische Währung wurde nicht zum Stabilitätsanker der Welt, sondern führte zur Renaissance des Dollars.

Die kreditierte und abgeschriebene Summe fehlt auf Dauer u. a. für inländische Zwecke. Banken, die die Kredite gewährten, geraten in eine dramatische Lage. Das waren in der jüngsten großen Finanzkrise vor allem deutsche und französische Institute. Nicht um Griechenland und andere in Schulden versinkende Länder zu retten, wurde der Eurorettungsschirm aufgespannt, sondern um das Überleben deutscher Kreditgeber zu sichern. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt, dass Deutschland während der Finanzkrise 400-600 Mrd. Euro verloren hat. Also fast den Überschuss von zwei Jahren. Die Tatsache, dass die Summe der deutschen Exportüberschüsse der letzten Jahre deutlich über dem Wachstum des Auslandsvermögens liegt, kommentieren nicht dem Mainstream verhaftete Autoren: *Deutschland wirtschaftet wie die Eichhörnchen: Nüsse sammeln, vergraben und viele im harten Winter nicht wieder finden.*

Diese Eichhörnchen-Strategie ist für deutsche Sparer fatal. Ihre Ersparnisse werden ins Ausland exportiert, zurückbekommen sie im besten Fall Nullzinsen. Im schlimmsten Fall verliert Deutschland zumindest einen Teil seiner Forderungen, weil eine Schuldenrestrukturierung im Euro-Raum erfolgen wird, egal ob durch einen Schuldenschnitt oder verdeckt durch Inflation.

Sparen soll eigentlich dazu dienen, den Kapitalstock der Volkswirtschaft zu vergrößern und so langfristig den Wohlstand zu sichern. Dem dienen die deutschen Exportüberschüsse bisher nicht. Die Jagd nach Absatzmärkten wird nicht von der Bereitschaft begleitet, anderen Ländern die Chance zu geben, ihre Importe mit Waren der eigenen Produktion tendenziell weitestgehend auszugleichen.

Dauerhaft hohe Exportüberschüsse vermehren zwar unternehmerische Profite, schmälern aber die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt. Der Wiener Ökonom Leon Podkaminer bringt das so auf den Punkt: „Die deutschen Handelsüberschüsse, die Profite der deutschen Exportunternehmen repräsentieren, werden zu uneinbringlichen ausländischen Forderungen deutscher Finanzinstitute. Schließlich wird der deutsche Staat diese Schulden übernehmen müssen. So werden private Profite der deutschen Unternehmen zur Staatsschuld der gesamten deutschen Nation.“ (Podkaminer 2016).

Lange haben die Mainstream-Ökonomen geschwiegen, als in der Euro-Zone anhaltend hohe Überschüsse der einen Länder andere Staaten in eine dauerhafte Defizit-/Schuldnerposition mit dramatischen Folgen zwangen. Leistungsbilanzsalden hätten ihrer makroökonomischen Relevanz wegen von Anfang an zu den Euro-Konvergenzkriterien gehören müssen**.** Erst seit der 2008 ausgebrochenen Wirtschafts- und Finanzkrise werden die Salden stärker in den Blick genommen und die verheerenden ökonomischen und sozialen Wirkungen von Ungleichgewichten auf die Schuldnerländer debattiert. Besonders am Beispiel des verschuldeten Griechenlands kommt einem eine Sentenz in Erinnerung, die Adam Smith zugeschrieben wird: *„Es gibt zwei Wege, eine Nation zu erobern und zu versklaven. Der eine ist durch das Schwert, der andere durch Verschuldung.“* Die deutsche Regierung nutzt ihre Stellung als Kreditgeber, um den Krisenländern in der Euro-Zone eine Austeritätspolitik (Senkung von Löhnen, Renten, Gesundheitsleistungen, Steuerhöhungen…) aufzuzwingen, die die eigenen Interessen schützt, auch wenn das in den betroffenen Ländern Millionen Menschen ins Elend stürzt.

Kaum beachtet wurden von der Mainstream-Ökonomie auch die langfristig negativen *makroökonomischen Effekte für das Überschussland selbst*. Marcel Fratzscher, Präsident des DIW war einer der ersten prominenten deutschen Ökonomen, der öffentlich forderte, auch auf die Überschüsse im Außenhandel zu achten und nicht nur auf die Defizite. Denn exzessive Überschüsse können genauso ein Zeichen von wirtschaftlichen Fehlentwicklungen sein wie Defizite. Wer wie Deutschland mehr spare als investiere, erzeuge auch in der eigenen Wirtschaft Ungleichgewichte. Seit 1999 habe Deutschland einen Investitionsrückstand von rund einer Billion Euro aufgebaut und dadurch erhebliche Wachstumschancen verpasst, gleichzeitig aber hätten deutsche Investoren rund 400 Millionen € durch „schlechte“ Investitionen im Ausland verloren, das seien 15 Prozent des BIP, von 2006 bis 2012 seien es sogar 22 Prozent des BIP gewesen, so Fratzscher. Dadurch sei die Bundesrepublik in vielen Bereichen hinter den europäischen Durchschnitt zurückgefallen. Er forderte staatliche und private Investitionen in Höhe von 75 Milliarden Euro pro Jahr für die Bereiche Bildung, Energie und Infrastruktur. Staatliche und private Investoren sollten ihr Geld lieber „in Deutschland investieren, anstatt es wie

bisher in Finanzprodukte im Ausland anzulegen, etwa in dubiose amerikanische Subprime-Immobilienkredite oder marode Banken“ (Fratzscher 2013).

Fratzscher stand im Herbst 2016 einer Expertenkommission vor, die am 12. 12. 2016 für den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, eine Stellungnahme zur Stärkung von Investitionen in Deutschland vorlegte. Darin heißt es wörtlich „Die Nettoersparnis (Leistungsbilanzüberschuss) der deutschen Volkswirtschaft wird in diesem Jahr voraussichtlich ein neues Rekordhoch von fast 9 % der Wirtschaftsleistung, oder fast 270 Mrd. Euro, erreichen. Auch wenn das jüngste Anwachsen der Überschüsse insbesondere durch die niedrigen Rohstoffpreise und die Euro-Abwertung zu erklären ist, sind diese Überschüsse insgesamt in einem gewissen Maße auch Ausweis einer geringen Investitionsneigung in Deutschland. Die geringen Investitionen wiederum sind schädlich für das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft und tragen innerhalb Europas und zu einem geringeren Maße auch global, zu Ungleichgewichten und zu einer schleppenden Erholung bei“. Die Kommission konstatiert eine Veralterung des Kapitalstocks und sieht die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands bedroht (Stellungnahme der Expertenkommission, 6). Man darf gespannt sein, welche Schlüsse die Bundesregierung aus dieser Kritik zieht.

Überschüsse – ein Zeichen von Stärke?

Mainstream-Ökonomen bejahen das. Christoph Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, besser bekannt als „Die Wirtschaftsweisen“, konstatiert: „Die Exportlastigkeit hat uns sehr gut getan, der Wohlstand ist beständig gewachsen. Es besteht kein Anlass, das deutsche Geschäftsmodell zu ändern.“ (Schmidt, 2009). Aus Sicht der großen Exportunternehmen mit ihren sprudelnden Profiten und obendrein abgesenkten Unternehmenssteuersätzen erschallt ebenfalls ein lautes Ja. Aber hat die Wohlfahrt des ganzen Landes zugenommen? Mitnichten! Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland relativ gering, aber viele Beschäftigte haben Jobs, von denen sie nicht oder nur schlecht leben können. Der Niedriglohnsektor umfasst inzwischen sieben Millionen Menschen mit Altersarmut als Konsequenz von Minijobs, befristeten Arbeitsverträgen, Leih- und Zeitarbeit, wie durch die Agenda 2010 begründet. Die Bundesrepublik Deutschland weist neben Österreich mittlerweile die höchste Ungleichverteilung von Vermögen innerhalb der Euro-Zone auf. Der GINI-Koeffizient, der die Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung in einem Lande angibt, ist in Deutschland deutlich stärker gestiegen als in der Mehrzahl der OECD-Länder, er lag 2012 nach einer Studie des DIW bei 0,78, in Frankreich zum Beispiel bei 0,68, in Italien bei 0,61.9 Nur in den USA war er mit 0,87 höher. Der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Wohlstand der BRD ging von 67 Prozent in den 1980er Jahren auf 63 Prozent in den 2000er Jahren zurück. Die „breite Teilhabe am Wirtschaftserfolg“ ist also alles andere als selbstverständlich.

Fazit:

Nicht hohe Exportquoten sind das Problem, die können und mögen sinnvoll sein, sondern permanent hohe Exportüberschüsse. Die manifestieren eine anhaltende Importschwäche des eigenen Landes, entziehen ihm Ersparnisse für eine zukunftsfähige Entwicklung und zwingen andere Länder in die Schuldenfalle. Überdies machen sie das eigene Land gegenüber Konflikten jeder Art auf der Welt angreifbar, und innerhalb der Europäischen Union tragen sie zur Instabilität bei.

Vor Einführung des Euro war der Kurs der nationalen Währungen und dessen mögliche Ab- oder Aufwertung, wie schon betont, das Instrument, um Außenhandelsungleichgewichte weitestgehend auszutarieren. In der inzwischen entstandenen Situation müsste Deutschland aufwerten, dann wür-

---

[9] Der Gini-Koeffizient ist eine Maßzahl zwischen 0 und 1 zur Beschreibung der Ungleichheit einer Verteilung. Je ungleicher die Verteilung ist, desto näher liegt der Wert bei 1. Bei Gleichverteilung hat der Gini-Koeffizient den Wert 0. Entwickelt wurde der Koeffizient oder Index vom italienischen Statistiker Corrado Gini. Je höher er ausfällt, desto ungleicher ist die Verteilung.

den seine Exporte sich für die Importländer verteuern. Griechenland, Spanien, Portugal zum Beispiel müssten abwerten, um ihre Ausfuhren zu verbilligen und damit anzukurbeln. Dieses Lenkungsinstrument gibt es aber nicht mehr.

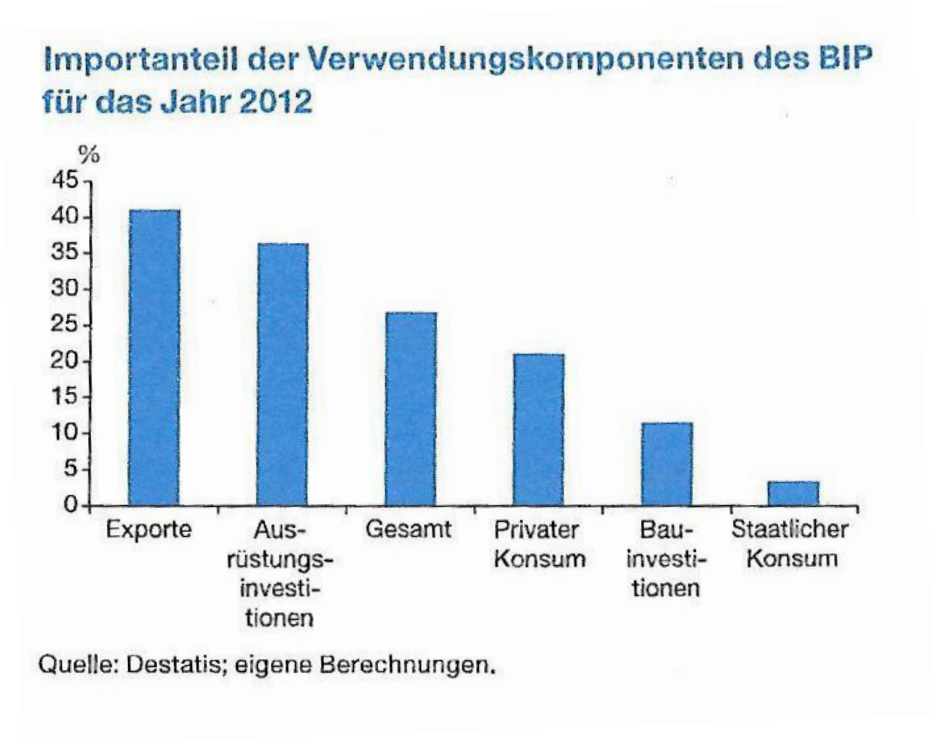
Zum Mainstream konträre Überlegungen, wie Ungleichgewichte in den internationalen ökonomischen Beziehungen zu begrenzen wären, werden gern als Rückkehr zur Planwirtschaft diffamiert. In Wahrheit geht es jedoch um makroökonomische Umsicht, um Warnmechanismen gegen überbordende Salden.

Ansätze zur Näherung an das Außenhandelsgleichgewicht

Erstens sollten die Löhne grundsätzlich im Rahmen des Verteilungsspielraums steigen. Dies führt zu höheren Konsumausgaben, vermehrten Importen und somit tendenziell zu einem Ausgleich der Leistungsbilanz. In der aktuellen Situation reicht das aber noch nicht aus: „Der Verteilungsspielraum sollte temporär überschritten werden, um den Anpassungsprozess zu beschleunigen“, fordert Gustav Horn (2016: 3). Peter Bofinger rechnet vor: „Wenn Deutschland für die nächsten zwei bis drei Jahre Lohnsteigerungen hätte, die um einen Prozentpunkt höher ausfallen würden als in den vergangenen Jahren, wäre das ein Beitrag, um die Problemländer im Euroraum zu stabilisieren….Für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sind das keine entscheidenden Größenordnungen. Da spielen andere Faktoren eine viel wichtigere Rolle, etwa der Euro-Kurs. Der schwankt schon an einem Tag manchmal um mehrere Prozent:“ (Bofinger: 10). Bofingers Kollege im Sachverständigenrat, der Neoklassiker Schmidt, warnt hingegen davor, die Umverteilung zulasten der Löhne zu beenden, um so eine Stärkung des Konsums und des binnenwirtschaftlichen Wachstums anzustreben. … „In den vergangenen Jahren war die Lohnzurückhaltung ein Erfolgsfaktor“ (Schmidt 2009). In die gleiche Kerbe schlägt Wolfgang Franz, bis 2013 einer der Wirtschaftsweisen. Er gibt offen zu: „ Die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre war einer unserer Vorteile gegenüber unseren Wettbewerbern“ (Franz 2009: 2).

Zweitens: Die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen müssen steigen. Sie haben von allen Komponenten der Binnennachfrage den höchsten Importanteil (Abb. 6).

Abb. 6:



Unternehmen haben während des Aufschwungs bislang wenig in die Erneuerung ihrer Anlagen im Inland investiert – das könnte sich in Zukunft rächen. Auch der Staat hat Investitionen vernachlässigt. Straßen und Schienen, Bildungseinrichtungen oder Breitbandnetze sind nicht auf dem Stand, den man in einem wohlhabenden Land erwarten würde Wenn sowohl Firmen als auch die öffentliche Hand mehr Geld ausgeben, stärkt dies die Binnenwirtschaft und hilft, die einseitige Ausrichtung auf die Exportwirtschaft auszugleichen. Nur so können diese letztlich ihre Exportgewinne in Form inländischer Wohlstandssteigerung realisieren. Das allerdings wird in Deutschland verhindert/erschwert durch die ins Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse und die Anbetung der schwarzen Null im öffentlichen Haushalt. Aber: Ein binnenwirtschaftlich getragener Aufschwung ist weniger anfällig für außenwirtschaftliche Schocks und schlägt sich zudem stärker in Steuereinnahmen nieder, die dann für wirtschaftlich und gesellschaftlich wichtige Aufgaben zur Verfügung stehen (Horn/Lindner: 805). Der finanzielle Spielraum für staatliche Investitionen ist vorhanden: Für 2016 rechnet das IMK mit einem gesamtstaatlichen Budgetüberschuss von gut 19 Milliarden Euro und für 2017 von knapp 22 Milliarden Euro.

Drittens: Es geht um ein gemeinsames Hinwirken auf einen Ausgleich von beiden Seiten, d. h. von Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und solchen mit -defiziten, also um eine „Europäische Ausgleichs- statt einer Austeritätsunion“, wie Klaus Busch und andere vorschlagen (Busch, Troost, Bsirske, Schwan:102)[10]. „Die Europäische Ausgleichsunion müsste EU-weit verbindliche Obergrenzen für Leistungsbilanzungleichgewichte einführen. Pro Jahr sollten konjunkturbedingte Ungleichgewichte nicht höher als drei Prozent des BIP sein dürfen. Diese Begrenzung reicht aber nicht aus, denn … je größer der Exportsektor eines Landes in Relation zu seinem BIP ist, desto größer sind in der Regel seine Chancen, bestehende Auslandsschulden durch Exportüberschüsse abzubauen. Eine langfristige Obergrenze der Leistungsbilanzdefizite – also eine maximale Höhe der Auslandsschulden – sollte daher auf die Höhe der jährlichen Exporteinnahmen begrenzt werden.“ (Busch / Troost u.a: 102).

Viertens: Anforderungen ergeben sich an Wirtschaftswissenschaft und -politik. Statt eines scheinbar unpolitischen Ökonomismus, einer *reinen* Ökonomie, wie vom ökonomischen Mainstream vertreten, wird eine p*olitische* Ökonomie gebraucht, die von einem Gesellschaftsbezug der Wirtschaft ausgeht und sich nicht auf die betriebswirtschaftliche Logik reduziert. Sie müssen darauf zielen, Eigennutz und Gemeinsinn, einzelwirtschaftliche Rationalität und gesamtwirtschaftliche Vernunft weitestmöglich in Einklang zu bringen.

Literatur

Busch, Berthold/Grömling, Michael/Matthes, Jürgen (2011): Lebt Deutschland auf Kosten südeuropäischer Länder? In: Wirtschaftsdienst Heft 8

Busch, Klaus/Troost,Axel/Schwan, Gesine/Bsirske, Frank (2017): Ausgleich statt Austerität. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2017

Bofinger, Peter (2016): Interview: Wie tief ist die Krise des Kapitalismus wirklich, Herr Bofinger? In: OXI, Wirtschaft für Gesellschaft. Die Monatszeitung Dezember 2016

Deutscher Außenhandel – Export und Import im Zeichen der Globalisierung. Ausgabe 2015, Statistisches Bundesamt Wiesbaden

[10] Die Idee einer Ausgleichsunion geht auf John Maynard Keynes zurück, der in den 1940er Jahren im Auftrag der britischen Regierung mit der International Clearing Union einen ähnlich gerichteten Vorschlag in die Verhandlungen über das Weltwirtschaftssystem der Nachkriegszeit einbrachte. Schon Keynes klagte darüber, dass die Verantwortung für Leistungsbilanzungleichgewichte und deren Korrektur immer nur den Schuldnern aufgebürdet worden sei.

Erber, Georg (2012) : Irrungen und Wirrungen mit der Leistungsbilanzstatistik, in: Wirtschaftsdienst 7, S. 466-470.

Franz, Wolfgang (2009): Heulen und Zähneklappern, in: Handelsblatt vom 18. 09.S. 2.

Fratzscher, Marcel (2013): „Deutschland spart zu viel"(Interview), in: Süddeutsche.de vom 15.04.

Herrmann, Ulrike (2016 a): Das Eine-Billion-Euro-Loch, in: TAZ vom 26.10.

Herrmann, Ulrike (2016 b): Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung. Die Krise der heutigen Ökonomie oder was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können. Westend Verlag Frankfurt/Main

Horn, Gustav/Sturn, Simon/van Treek, Till (2010): Debatte um die deutsche Exportorientierung, in: Wirtschaftsdienst Heft 1

Horn, Gustav (2016): Ungesunder Überschuss. In: Böckler Impuls, Heft 18

Horn, Gustav/Lindner, Fabian (2016): Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse: hohe Wettbewerbsfähigkeit oder zu schwache Nachfrage? In: Wirtschaftsdienst Heft 1, ZBW-Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft

Podkaminer, Leon (2016): Freihandel hat das Wachstum verlangsamt. In: Neues Deutschland vom 16.11.

Priewe, Jan (2013): Anmerkungen zu „Irrungen und Wirrungen mit der Leistungsbilanzstatistik" von Georg Erber, in: Wirtschaftsdienst Heft 1

Santorius, T. (2009): Nie wieder Exportweltmeister, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, S. 9-12

Schmidt, Christoph M.: (2009): Die deutschen Löhne sind sehr hoch, in: Focus Online vom 17. o6.

Stellungnahme der Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel: Stärkung von Investitionen in Deutschland vom 12. 12. 2016

Schumann, Harald (2016) : Europa nach dem Brexit. Die Summe nationaler Interessen erzeugt kein Gemeinwohl. In: http//www.tagesspiegel. de

Van Treeck,Till (2016): Müssen wir um jeden Preis Exportweltmeister sein, Herr van Treeck? In: OXI, Wirtschaft für Gesellschaft. Die Monatszeitung, Mai 2016

Adresse der Verfasserin: christaluft@versanet.de